

vierteljährlich 3 Mark 70 Pf. einschließlich aller Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 15 Pf. Versicherungsschein gleich mit Auszahlung der Sonntagsblätter. Ingedruckt ist kein Anspruch auf Lieferung.

gegründet 1877.



Die 1/2spaltige Zeile über deren Raum 40 Pf. Die 1/2spaltige Zeile über deren Raum 1 Mk. Die 1/2spaltige Zeile über deren Raum 2 Mk. Bei Wiederholungen entsprechende Rabatte. Bei gerichtl. Eintreibung u. Kontarfen ist der Rabatt hinfällig.

Veranspacher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 94 | Druck und Verlag in Altensteig. | Freitag, den 23. April | Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. | 1920.

Die Reichsfinanzen.

Zur Hauptansatz der Nationalversammlung gab Reichsfinanzminister Dr. Wirth einen Überblick über den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920. Der Minister bedauerte, feststellen zu müssen, daß die bisherigen Berechnungen des Finanzministeriums schon wieder durch den Gang der Ereignisse überholt sind. Obwohl er die Einnahmen auf 25 Milliarden Mark veranschlagt, sind die fortlaufenden Ausgaben weiter um mehrere Milliarden Mark gestiegen, so daß er zu einem Fehlbetrag von 2,95 Milliarden Mark kommt. Aber selbst diese Ziffer will er nur bedingt gelten lassen, da alles von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängt.

In den Hauptposten zeigt der Reichshaushaltsplan folgendes Bild für 1919/20: Verzinsung der Reichsschuld 12,4 Milliarden (1914: 249 Millionen Mark), Pensionen 3,2 Milliarden (145 Millionen), Heer und Marine 1,9 Milliarden (1,3 Milliarden), allgemeine Verwaltung 6,3 Milliarden (1,8 Milliarden). Im Finanzjahr 1918/19 schloß sich der Reichshaushaltsplan in Einnahme und Ausgabe mit 3,4 Milliarden Mark aus, jetzt sind es 27,5 Milliarden, zu denen noch etwa 12 Milliarden im außerordentlichen Plan kommen, darunter 5 Milliarden für Ausführung des Friedensvertrags, 1 Milliarde für Aufwandsüberschüsse, 2 1/2 Milliarden für Abwicklung des Heeres und der Marine. Die Reichsschuld betrug 1914 5 Milliarden Mark, diesmal besizert sie sich auf etwa 197 Milliarden Mark. Daraus ergibt sich die ungeheuer angestiegene Verzinsungsziffer. Der Milliardenposten der Pensionen ist auf die vielen Kriegsinvaliden, Kriegswitwen u. u. zurückzuführen. Auffallend ist, wie das „Völkische Tageblatt“ bemerkt, die Differenz bei den beiden anderen Posten. Damals hatten wir ein Heer von ungefähr einer Million Mann und dazu noch eine umfangreiche Flotte. Heute sollen wir, dem Friedensvertrag entsprechend, nur 100 000 Mann Truppen unter den Waffen halten. Daraus erhellt, welche Umsummen selbst ein ganz bescheidenes Heer unter den heutigen Verhältnissen verschlingt, wenn es nicht auf der Wehrpflicht beruht, sondern eine Söldnertruppe darstellt. Das Ansteigen der allgemeinen Verwaltungsausgaben auf über das Dreifache wird Gegenstand eingehender Prüfungen sein müssen. Es scheint, daß viele Tausende von neuen Stellen geschaffen worden sind. Die immer höher anschwellende Zahl von Beamten und Hilfsarbeitern aller Art legt sich wie ein Alp auf das deutsche Wirtschaftsleben, das dafür die Kosten aufbringen soll. Vor allem wird in das engmaschige Netz all der Kriegsgesellschaften hineingeleistet werden müssen, die, obwohl sie in Liquidation erklärt sind, nicht leben und nicht sterben können. Wie viel gerade noch auf diesem Gebiete anzuräumen ist, geht u. a. auch daraus hervor, daß selbst für die „Abwicklungen“ des Heeres und der Marine im außerordentlichen Etat noch 2,5 Milliarden Mark beantragt werden. Das ist der doppelte Betrag dessen, was uns in Friedenszeiten das gesamte Heer und die gesamte Marine gekostet haben.

Eine andere schwere Sorge bereitet dem Reiche die Übernahme der einzelstaatlichen Eisenbahnen. Die gewaltigen Fehlbeträge, die damit auf die Reichskasse übergehen, können unmöglich auf die Schultern der Steuerzahler gewälzt werden können. Der Finanzminister erklärte, daß wir am Ende neuer Steuernöglichkeiten stehen. Er hat sich unter diesen Umständen nach neuen Finanzquellen umsehen müssen. Zunächst gilt es, den Fehlbetrag des ordentlichen Etats von 2,9 Milliarden Mark zu decken. Dafür scheint er einen weiteren Ausbau der Kohlensteuer in Aussicht zu nehmen. Eine Dreimilliarden-Ausgabe zur Verbilligung von Lebensmitteln will er durch die einmaligen ordentlichen Einnahmen aus den Kriegsteuern decken. Seine eigentlichen Finanzreformpläne bewegen sich aber in anderer Richtung. Er denkt nicht nur an Monopole, sondern darüber hinaus an ein Steuersystem, das organisch mit der Wirtschaft verbunden ist. Der Minister scheint auf Vorschläge zurückgreifen zu wollen, die bereits in früheren Jahren ausgearbeitet wurden. Damals plante man durch eine Art Produktionssteuer den Staat unmittelbar in die wirtschaftliche Produktion hinein zu schalten. Es ist möglich, daß der Staat in dieser oder jener Weise die Handtweige der deutschen Produktion nach einer solchen planmäßigen Vertiefung, der wir nach dem zwanagsweisen Zusammenschluß vieler Branchen während des Kriegs entgegengehen, als Finanzquellen benützt, und, ohne den privatrechtlichen Unterneh-

mungsgestalt zu erfinden, damit gleichzeitig das Sozialisierungsproblem der Lösung entgegenbringt.

Endlich soll schrittweise die Konsolidierung der schwebenden Schuld, die ja bereits auf über 100 Milliarden Mark angelangt ist, vorgenommen werden, wozu eine weitere Sparprämienanleihe dienen soll.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. April.

(Schluß.) Reichsausschüßler.

Abg. Schnitzler (Franken (Wagn. Volksp.)): Wir wollen diesen Ausgleich annehmen, aber keinen Vorgang für künftige Besteuerung schaffen. Sie haben keinen richtigen Ermittlungstab für das Vermögen. Das Papiergeld ist kein solcher Maßstab.

Regierungsteilgen wird erklärt, daß alsbald dem Haus ein Steuerentwurf vorgelegt wird, welcher die Einkommensteuer, aber nicht als Sonderbesteuerung, die über den Rahmen der übrigen Steuerentwürfe hinausgeht.

Mit unerbittlichen Abänderungen wird jedoch der Gesetzentwurf in dritter Lesung erledigt. Es folgt die 2. und 3. Beratung des Entwurfs eines Besatzungsgesetzes.

Nach Bemerkungen der Abg. Richter (D.Vp.), Kell (S.), Düngel (U.S.P.), Waldstein (D.Vp.) und Dr. Mumm (D.nat.Vp.) wird der Entwurf angenommen mit der Abänderung, daß außer den Goldmünzen auch Silbermünzen mit dem Metallwert zu bewerten sind.

Außerhalb der Tagesordnung kommt noch zur Beratung ein Antrag des Haushaltsausschusses betreffend die Auszahlung der Lohnausgleichsbeiträge für die Eisenbahnarbeiter und die Verwaltungsarbeiter, die zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeiterorganisationen vereinbart worden sind. Eine entsprechende Ermächtigung soll für die übrigen Zweige der Verwaltung erteilt werden. Es handelt sich zunächst um einen Betrag von 2 1/2 Milliarden.

Reichsfinanzminister Wirth: Die finanzielle Tragweite ist außerordentlich groß für das Reich. Die Reichsbesatzungsordnung wird zunächst sich darauf aufbauen müssen. Die Verhandlungen über einen Reichsstatut mit den Eisenbahnorganisationen beginnen in den nächsten Tagen. Die Abänderung des Streiks ist mit dem demokratischen Gedanken nicht zu vereinbaren. Mit der Bewilligung dieser Zuschläge ist allerdings die Finanzversorgung des Reichs auf lange hinaus auf das empfindlichste beeinträchtigt.

Abg. Bachmiche (D.D.P.): Wir befinden uns in einer Zwangslage.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter sind für berechtigt anerkannt worden. Wir erwarten aber, daß diese Streikandrohung die letzte war.

Abg. Deglerk (D.nat.Vp.): Die Beamtenpensionäre warten seit länger als einem Jahr auf eine Aufbesserung ihres Einkommens. Es wird uns so schwer gemacht, diesem Antrag zuzustimmen.

Reichsfinanzminister Wirth: Die Reichsregierung übernimmt die Verantwortung für den Antrag.

Der Antrag wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 1 Uhr.

Berlin, 22. April.

Bergmannswohnungen. Reichswahlgesetz.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungspolitik betreffend die Errichtung von Bergmannswohnungen.

Abg. Dr. Mumm (D.nat.Vp.): bekräftigt bei der Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln für Bergmannswohnungen den Erwerb und den Kohlenbergbau gleichzustellen.

Abg. Osteroth (S.) beantragt, auch die Kolonialarbeiter einzubeziehen und die Mittel den Auslandsüberschüssen zu entnehmen. Reichsarbeitminister Schöde weist auf die großen technischen Schwierigkeiten hin, die dem Antrag entgegenstehen.

Der Ausschussantrag mit dem Antrag Osteroth wird angenommen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfs des Reichstagswahlgesetzes.

Reichsminister Koch: Ich begrüße es, daß der Gesetzentwurf einstimmig mit geringen Änderungen angenommen wurde. Alle Fehler der Verhältnismahl sind noch nicht vermieden, aber die gebundene Liste bietet noch immer die meiste Freiheit. Daß wir denjenigen für gewählt erklären, der über 60 000 Stimmen auf sich vereinigt, wird die Wahl volkstümlicher machen als die umständlichen Berechnungen, ebenso, daß die Zahl der Abgeordneten steigt mit der steigenden Wahlbeteiligung. Eine Überordnung der Bedeutung der Reichslisten für die überzähligen Stimmen ist nicht angebracht. Die Wahlen in Ostpreußen und zu vertagen, scheint noch immer das geringste Uebel zu sein. Dauerhaft ist es, daß es uns verlagert ist, im Saargebiet und in Eupen-Malmédy wählen zu dürfen.

Abg. Schmidt-Sachjen (S.) und Abg. Brobaus (D.D.P.) stimmen dem Entwurf zu.

Abg. Eichhorn (U.S.P.) bedauert, daß durch die Verhältnisse die engen Beziehungen des Abgeordneten zu seinen Wählern beeinträchtigt werden.

Abg. Dietrich (D.nat.Vp.): Den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs werden wir im wesentlichen zustimmen können. In § 2 beantragen beide sozialdemokratischen Parteien die Streichung des Absatzes, der den Soldaten das Wahlrecht nimmt.

Abg. Kaufmann (D.D.P.) spricht dagegen.

Abg. Gröbe (D.nat.Vp.): Ein Teil meiner Freunde glaubt, daß man Soldaten, die sich auf 12 Jahre verpflichten sollen, nicht von den politischen Rechten ausschließen darf.

Abg. Polakowsky (D.nat.Vp.): Ein politisierendes geworbene Heer ist noch gefährlicher, als ein politisierendes ausgehobenes Heer. Das heutige deutsche Heer darf nur ein gehobenes Organ der Regierung sein.

Gesetz gegen die Wohnungsnot.

Der Reichstag hat einen Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot angenommen, der bestimmt, daß die Bekanntmachungen über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918 und vom 22. Juni 1919 auch über den 31. Dezember 1920 hinaus in Kraft bleiben. Die Landesbehörden können die Gemeinden zu entsprechenden Maßnahmen ermächtigen oder verpflichten. Von besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung, daß bei Vorliegen außergewöhnlicher Verhältnisse die Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Gemeindebehörden auch zu anderen als in den bisher erlassenen Verordnungen enthaltenen Maßnahmen, insbesondere zu Eingriffen in die Freizügigkeit und in die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Wohnungen ermächtigen oder verpflichten, oder entsprechende Anordnungen treffen kann. Die Verfügungen können im Wege des unmittelbaren Polizeizwangs durchgeführt werden. Mietpreise für Wohnungen, für die aus öffentlichen Mitteln Beihilfen gewährt sind, sollen nicht der Festsetzung des Einigungsamts unterliegen.

Das Militärversorgungsgesetz.

Nach der Regierungsvorlage soll jährlich gewährt werden: an Grundrente und Schwerbeschäftigtenzulage bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

- Grundrente
um 20 v. H. 480 Mk.
um 30 v. H. 720 Mk.
um 40 v. H. 960 Mk.
um 50 v. H. 1200 Mk. und 120 Mk. Schwerbeschäftigtenzulage
um 60 v. H. 1440 Mk. und 240 Mk. Schwerbeschäftigtenzulage
um 70 v. H. 1680 Mk. und 360 Mk. Schwerbeschäftigtenzulage
um 80 v. H. 1920 Mk. und 480 Mk. Schwerbeschäftigtenzulage
um 90 v. H. 2160 Mk. und 600 Mk. Schwerbeschäftigtenzulage

bei Erwerbsunfähigkeit 2400 Mk. Grundrente und 720 Mk. Schwerbeschäftigtenzulage. Die vorstehenden Hundertsätze stellen Durchschnittssätze dar; eine um 5 vom Hundert geringere Minderung der Erwerbsunfähigkeit wird von ihnen umfasst. Wer in seiner Erwerbsfähigkeit um mehr als 90 vom Hundert beeinträchtigt ist, gilt als erwerbsunfähig.

Im sozialpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung haben alle Parteien Anträge auf Erhöhung der Grundrente eingebracht. Die Mehrausgabe stellt sich auf 1 bis 2 1/2 Milliarden gegenüber der Regierungsvorlage.

Unterstaatssekretär Maeder erklärte namens des Finanzministeriums, daß eine derartige Mehrbelastung für das Reich unerschwinglich sei. Schließlich wurde aber doch der Antrag auf eine Mehrausgabe von 1,02 Milliarden unter der Voraussetzung angenommen, daß die Fraktionen unter Berücksichtigung der Regierungsbekämpfung dazu Stellung nehmen.

Nach § 28 soll eine Ausgleichszulage neben der Grundrente gewährt werden, wenn der Beschäftigte vor dem Eintritt in den Militärdienst einen Beruf ausgeübt hat, der erhebliche Kenntnisse und Fähigkeiten erforderte. Die Ausgleichszulage beträgt ein Viertel bis zur Hälfte der Rente.

Neues vom Tage.

Die Konferenz von San Remo.

Paris, 22. April. „Petit Parisien“ meldet, daß die Vorbesprechungen der drei Ministerpräsidenten Lloyd George, Millerand und Ritti noch keineswegs zu einer Einigung geführt haben. Die Beratung des Vertrags mit der Türkei werde sich sehr in die Länge ziehen.

Nach dem „Matin“ wird Millerand in seinen Forderungen fest bleiben und er hofft, daß Lloyd George und Ritti sich schließlich unterwerfen werden, um den Zerfall des Verbands zu verhüten.

London, 22. April. Die „Times“ meldet, die Konferenz habe die Anträge über die Entwaflnung Deutschlands mit zwei englischen Zusatzanträgen angenommen, nachdem die Vertreter der Überwachungskommission in Berlin in einem fünfständigen Vortrag Bericht erstattet hatten.



Der Bericht der Ruhrkommission.

Frankfurt a. M., 22. April. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Arefeld: Die feindliche Kommission, die über die Zustände im Ruhrgebiet sich unterrichten soll, berichtet, daß die Reichswehrtruppen sich immer noch im Ruhrgebiet befinden; es haben wohl Verschiebungen stattgefunden; aber geräumt sei das Gebiet nicht. Kriegsmaterial sei nicht gefunden worden, es müsse also verstreut sein. Die unmittelbare Auslieferung des Materials müsse sofort von der deutschen Regierung verlangt werden.

Das Krankenversicherungsgesetz.

Berlin, 22. April. Sämtliche bürgerliche Fraktionen der Nationalversammlung haben einen Antrag eingebracht, daß der ursprüngliche Regierungsentwurf, die Verpflichtung zur Krankenversicherung auf Einkommen bis 12 000 Mk. auszudehnen, wiederhergestellt wird. (In der Kommission war ein sozialdemokratischer Antrag durchgedrungen, die Einkommensgrenze auf 20 000 Mk. zu erweitern.)

Major v. Giltja beurlaubt.

Berlin, 22. April. Der frühere Adjutant Koskes, Major v. Giltja, ist beurlaubt worden. Er soll eine andere Verwendung erhalten.

Der 1. Mai.

Berlin, 22. April. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Nationalversammlung den angeforderten Antrag eingebracht, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Das Zentrum hat sich dagegen ausgesprochen und von den Demokraten wird nach dem „S. L.“ nur ein Teil für den Antrag stimmen, der wahrscheinlich keine Aussicht auf Annahme hat. (Im vorigen Jahre wurde der 1. Mai als „Weltfriedenstag“ gefeiert.)

Rücktritt Gradnauers.

Dresden, 22. April. Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird zurücktreten. Wie berichtet wird, hat das zögernde Verhalten Gradnauers gegenüber dem Banditen Hölz in Sachsen große Unzufriedenheit erregt. Gradnauer zählt zu den befähigsten Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei.

Lohnbewegung.

Dresden, 22. April. Die Bannenhäuser haben den Schiedsspruch in den Lohnstreitigkeiten im Bankgewerbe abgelehnt. Die Regierung will das Streikpostensystem verbieten. (?)

Düsseldorf, 22. April. Die Angestellten der Banken beabsichtigen, in den Streik einzutreten, bis ein neuer Tarif abgeschlossen ist.

Wien, 22. April. Morgen werden 70 000 Industrie-Angestellte Oesterreichs in den Ausstand treten, da die Industriellen zwar die Gehaltsforderungen bewilligt, aber einen allgemein gültigen Rahmenvertrag, der eine Abschnürung der Gehälter wie bei den Staatsbeamten vorsieht, abgelehnt haben.

Keine Räumung Frankfurts.

Paris, 22. April. Im Kammerausschuß teilte ein Regierungsvortrager mit, in Frankfurt liegen 14 000, in Danau 2000, in Darmstadt 3500 Mann. Es sei nicht in Aussicht genommen, die Truppen zurückzuziehen.

Brederek festgenommen.

Berlin, 22. April. Rechtsanwalt Brederek, der Presseschef der Rapp-Regierung, der sich unter dem Namen eines Ingenieurs Paul Schuldig in Ostow bei Rotterdam aufhielt, ist dort festgenommen worden.

Königsberg i. Pr., 22. April. Die „Düpreußische Zeitung“ wurde durch den Reichs- und Staatskommissar bis zum 5. Mai verboten.

Vermischtes.

Die Uhren am See. In einem Städtchen am Bodensee. Die Uferorte sind nie so besucht gewesen wie in diesem Jahre. Alle Gast- und auch die meisten Privathäuser waren überfüllt. Wohl dem, der Wochen vor seiner Ankunft sich ein Zimmer gesichert, wohl dem, der in letzter Stunde ein Bett bekam! Man versicherte überall: „Ich bezahle jeden Preis“ und konnte überall darauf rechnen, höflich abgewiesen zu werden. Auch wir schienen es so zu gehen. In glühendem Sonnenbrand war ich von Tür zu Tür gegangen und rechnete schon damit, die Nacht auf einer Uferbank zubringen zu müssen, als ich endlich erlöset wurde. Ich fragte freilich einen Mann in Arbeiterkleidung, ob er nicht ein Zimmer für mich wisse. Er wußte eins. Bei ihm selber. Freilich: In-Preise dürfe ich nicht machen. Er sei Witwer, lebe allein, die Wohnung sei eng. Nacht nichts, wenn ich nur ein Bett habe! Durch Gäßchen kreuz und quer führte er mich an ein altes schmales Haus. Eine krachende Stiege hinauf. Er schloß eine Tür auf: „Hier ist das Zimmer“. Erschöpft und ausgeblutet, wie ich war, sah ich nur das Bett und versicherte den freundlichen Mann meines dauernden Danks, empfing den Haus- und Türschlüssel, stolperte die Treppe hinunter, stürzte, festig meines Kufes, in das nächste Weinhaus. Dann wieder an den See, dann in die Kirchen, zu den Sehenswürdigkeiten, auf die Höhen. Hundemüde landete ich spät abends in meinem Quartier, finde mich zurecht, krachte die Kerze an, grähe den Bollmond, der durchs gardinenlose Fenster scheint, entleide mich, falle auf das Bett. Als Sonderzulage für die Nacht hatte ich vorher einen Liter Roten getrunken. In wenigen Minuten mußte ich „hinüber“ sein. Ich kam nicht hinüber, nicht für eine halbe Stunde. Sie denken an läppende Mitbewohner des Betts? Sie irren! Es war durchaus sauber! Ränse? Nein! Schnarchen aus dem Nebenzimmer? Auch nicht! Also? Geduld! Ich hatte mich kaum ausgestreckt, da tat eine Wanduhr drei Schläge.

Die Untersuchung gegen die Marineoffiziere.

Berlin, 22. April. Unter dem Vorsitz des Reichsweheministers fand heute eine Besprechung mit den Vertretern der Marinebehörden von Kiel und Wilhelmshaven, der oldenburgischen Regierung und dem Zivilkommissar von Kiel statt. Alle Teile waren sich klar darüber, daß auf die Dauer der Dienstbetrieb ohne Offiziere nicht möglich sei. Die Untersuchung gegen die vom Dienst entbundenen Offiziere wird durch das Untersuchungsamt des Ministeriums geführt und das Ergebnis durch einen parlamentarischen Ausschuß geprüft.

Der Ruf nach links.

Berlin, 22. April. Eine Versammlung der sozialdemokratischen Parteimitglieder nahm eine von den Redakteuren des „Vorwärts“, Stampfer und Krüger, vorgeschlagene Entschließung an, die Reichstagswahlen zur Schaffung einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit auszunutzen und sich zu einer Einigung mit der Unabhängigen soz. Partei auf dem Boden rein demokratisch-sozialistischer Politik ohne Diktatur bereit zu erklären.

Verhaftung.

Hamburg, 22. April. Der Bürgermeister von Kiel, Dr. Vindemann, der in den Putztagen die Interessen der Rapp-Regierung in Kiel vertrat, wurde heute morgen hier verhaftet.

Der Schreden Millerands.

Paris, 22. April. Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet, haben Ritti und Lloyd George Millerand den Gedanken nahe gelegt, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Konferenz von San Remo einzuladen. Der Berichterstatter bemerkt, man könne sich die Wirkung dieses Vorschlags auf Millerand leicht vorstellen.

Dresden, 22. April. Mit Gradnauer wird das ganze Ministerium zurücktreten.

London, 22. April. Die „Times“ meldet aus New-York, Wilson sei durch die Ablehnung seiner Vorschläge über die Türkei seitens der Konferenz von San Remo sehr verstimmt. Er habe deshalb öffentlich kundgegeben, daß er seine Ansichten den Verbündeten nicht bekanntgeben werde, bis der Senat den Friedensvertrag von Versailles bestätigt habe. (Das heißt doch wohl bis zum St. Nimmerleinstag. D. Schr.)

Hamburger Sorgen.

Hamburg, 22. April. Die Bürgerschaft beschloß, die Einholung eines Rechtsgutachtens des Reichsgerichts darüber, ob Hamburg nach der Reichsverfassung verpflichtet ist, schon jetzt den Religionsunterricht wieder einzuführen und damit die Verordnung des Arbeiter- und Soldaten-Rats aufzuheben.

Die gemäßigten Mitglieder der Unabhängigen soz. Fraktion der Bürgerschaft haben dem Vorstand der Bürgerschaft ihren Rücktritt angezeigt.

Eine zum Nachmittag nach dem Heiligen Geist-Felde einberufene Versammlung Erwerbsloser ist von der Sicherheitspolizei verhindert worden. Versuche einzelner Gruppen, nach dem Rathaus zu ziehen, wurden durch Absperrung vereitelt, ebenso ein Versuch, den Aster-Pavillon zu stürmen. Einige Rädelsführer wurden festgenommen.

Deutsche Kriegsschiffe nach Amerika.

Amsterdam, 22. April. Wie die „Times“ melden, ist ein Transport-Schiff mit 1100 amerikanischen Offizieren und Mannschaften nach Rosyth unterwegs, um die den Vereinigten Staaten zugeteilten deutschen Kriegsschiffe zu übernehmen.

wa, es war 1/11 Uhr. Gut. Nach einer Weile tat es wieder drei Schläge. In diese hinein drei andere. Nach einigen Augenblicken schlug es wieder decimal. Ich sprang nervös auf, machte Licht, schaute mich um: An den Wänden hingen vier Uhren, jede mit Schlagwerk. Das konnte ja nett werden! Wenn das so weiter ging, dann schlugen diese Zeitmesser in der nächsten Viertelstunde zusammen 44 mal, in der folgenden 4 mal, in der zweiten 8 mal, in der dritten 12 mal, dann um 12 Uhr 48 mal! Das war ja zum Rasenwerden! Und diesem Quartett sollte mein nach Schlaf lehrender Kopf standhalten! Die Uhren schlugen pünktlich — d. h. nacheinander — 44 mal. Nun wußte ich's doch sicher: es war 11, hatte auch das Vergnügen, feststellen zu können, daß eine röhrende Uhr vor- oder nachging. Ich lag mit offenen Augen und wartete erregt. Die Minuten gingen. Bald, bald, bald — jetzt: 1 Schlag, dann in gehörigem Abstand die anderen. Und so fort. Viertelstunde um Viertelstunde scheppte, brummte, schrillte, sang sich dahin. Die Uhren vertrieben mir die Zeit. So ging die Nacht vorbei, so kam der Tag heran, erwartet von den scheppernden, brummenden, schrillenden und singenden Uhren. Man übersteht so vieles! Immerhin: als mein Birt sehr frühzeitig mit wundermildem Gesicht in meine Stube trat, um zu fragen, wie ich geschlafen, wäre ich ihn beinahe an den Hals gesprungen. Doch ich sagte mich, schaute ihn giftig an und zeigte auf die Uhren. „Gell.“ sagte er, „man gewöhnt sich bald daran? Die Uhren sind meine Liebhaberei: wenn ich sie nur einmal so weit bringen konnte, daß sie zusammen schlugen. Aber das gelingt mir nie.“ Also ein neuer Karl V., der ja auch den Uhrensummel hatte. Das 4 Uhren, die alle Viertel schlagen, einem den Schlaf nehmen können, kam dem Braven nicht zum Bewußtsein. Ich verzichtete darauf, Standal zu machen, ich heuchelte sogar Interesse für die Geschichte der 4 Zeitmesser. Während ich frühstückte, zeigte mir mein Hausherr auch noch drei Tischuhren. Zwei waren ihm aus dem Felde geschickt worden, beide Schme waren gefallen. Da wurde ich weich. Die dritte stammte

Der Ruin Oesterreichs.

London, 22. April. Bei Besprechung des Friedensvertrags mit Oesterreich im Oberhaus sagte Lord Milner, es sei den Abmachungen, die zum Eingreifen Italiens in den Krieg seinerzeit abgeschlossen wurden (dem englischen Geheimvertrag), zuzuschreiben, daß nicht unerhebliche deutsche Vorkräfte unter italienische Herrschaft gekommen seien. Mit dem völligen Ruin Oesterreichs müssen wir rechnen, nachdem die Donaumonarchie nun einmal so zerstückelt worden ist. Dieser Ruin wird sich kaum aufhalten lassen trotz der Hilfe, die die Allierten Oesterreich angeheihen lassen und trotz der Bemühungen der englischen Regierung, die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrags von St. Germain mit größtem Entgegenkommen auszulagen. (1)

Oesterreichische Länderkonferenz.

Wien, 22. April. Gestern ist die Länderkonferenz eröffnet worden, an der Bevollmächtigte aller politischen Parteien der Länder Oesterreichs teilnehmen. Zunächst wurden die eingegangenen Verfassungsentwürfe besprochen.

Verbotener Kongress.

Neuenburg (Schweiz), 22. April. Der Regierungsrat des Kantons Neuenburg hat die Abhaltung des für übermorgen anberaumten kommunistischen Kongresses verboten, da seine Ziele der öffentlichen Ordnung zuwiderläufen.

Poststreik in Italien?

Mailand, 22. April. In Italien leidet der Post- und Telegraphenverkehr durch den Widerstand der Angestellten sehr. Die Verbindungen mit Oberitalien sind nur mit Mühe aufrechtzuerhalten. Tausende von Telegrammen können nicht befördert werden. In gleicher Weise häufen sich in Rom die Postfächer mit Briefen usw., so daß die dortige Postverwaltung die Beförderung von Wertgegenständen und Drucksachen gesperrt hat. Man nimmt an, daß die Post- und Telegraphen-Angestellten nach Empfang ihres Gehalts zum Streik übergehen werden.

In Genua sind zwei Schiffe aus Odessa mit Erzeugnissen aus Sowjetrußland eingetroffen.

Keine Vermögensabgabe in England.

London, 22. April. Im Unterhaus hob Chamberlain hervor, daß für das laufende Jahr eine weitere Verminderung der Staatsschulden um 300 Millionen Pfund Sterling (6 Milliarden Goldmark) zu erwarten sei, ohne Ausnahmemaßnahmen zu ergreifen. Später würde möglicherweise eine Abgabe auf die durch den Krieg erworbenen großen Vermögen gelegt werden. Von der Arbeiterpartei vorgeschlagene allgemeine Kapitalabgabe bezeichnet er als ungerecht.

Churchill antwortete auf eine Anfrage über die Verwendung deutscher Zivilisten in englischen Diensten im Rheinland als Offizierskurschen, Schreiber usw., er habe Bericht eingefordert.

Keine Antwort ist auch eine.

London, 22. April. Auf die Anfrage, ob es wahr sei, daß Lord French allein oder mit der ganzen Regierung von Irland zurückgetreten sei, gab die Regierung im Unterhaus keine Antwort.

Die Finanzkonferenz des Völkerbunds.

Amsterdam, 22. April. Englischen Blättern zufolge ist an die Vereinigten Staaten eine besondere Einladung zur Teilnahme an der Internationalen Finanzkonferenz in Brüssel ergangen. Nach andere Staaten, darunter ehemals feindliche, sollen an der Konferenz teilnehmen, um sich über besondere Fragen zu äußern.

von seiner Frau. Voriges Jahr war sie gestorben an Herzschlag. Auf einer Kammerfahrt. Sie sei sehr doll blätzig gewesen. Ich riete ihm gerührt die Hand.
R. G. im „Mittagsblatt“.

Das Helium-Luftschiff. Ein Riesentluftschiff im Gondeln, deren Querschnitt an den eines modernen Ozeandampfers erinnert, mit vier Stockwerken, in dessen oberem die Boare sich im Tanze drehen, während der zweite die Speiseaal und die Kabinen enthält und die unteren Küche und Gepäckräume aufweisen — das ist das Zukunftsbild, wie es die Amerikaner mit Hilfe des Heliums verwirklichen wollen. Vor einigen Monaten kam die Meldung, daß es gelungen sei, das Heliumgas, dessen Erzeugungspreis sich bisher auf etwa 80 000 Dollar für den Kubikmeter gestellt hatte, in hinreichenden Mengen und für 1/2 Dollar herzustellen, so daß es nunmehr industriell verwertet werden könne. Damit wäre ein fälliges für Luftschiffe gewonnen, das gegenüber dem bisher verwendeten außerordentliche Vorteile infolge seiner Unentflammbarkeit, seines hohen Auftriebes und seiner nur halb so großen Diffusionsgeschwindigkeit aufweist. Ingenieur Gohls, der im neuesten Heft der „Umschau“ die zur Heliumgewinnung benutzten Verfahren schildert, weist auf die Vorteile hin, die ein solches Luftschiff dem Flugzeug gegenüber haben würde. Zunächst ist das Luftschiff dem Flugzeug durch seine Betrachtungsmöglichkeit überlegen, die mit zunehmender Größe steigt und schon bei den heutigen deutschen Starrschiffen an Ruhelast über 50 Prozent des Gesamtantriebs ausmacht. Es ist ferner im Gegenfah zu der oft ausgestellten Behauptung weniger Landungspersonal für das Luftschiff nötig, als für das Flugzeug, wenn man nämlich beide auf der Basis gleicher Betrachtungsmöglichkeit miteinander vergleicht. Nach einer englischen Statistik betrug die für eine gestiegene Stunde in Anspruch genommene Mannschaftszahl bei Flugzeugen 3,5, bei Luftschiffen jedoch nur 1,62.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 28. April 1920.

Versammlung. Gestern Abend stellte sich Stefan Groß als Bewerber für die Erziehung zur Landesversammlung des Kirchenbezirks Nagold-Herrnberg im Brauereisaal hier den kirchlichen Wählern vor. Er sprach in anziehender, herabdringender Weise vom Wesen und den Aufgaben der evgl. Kirche, von den Schwierigkeiten, die im Verhältnis zwischen Einzelgemeinde und Gesamtkirche und im Verhältnis der verschiedenen Glaubensrichtungen; von den wichtigen Fragen nach der Kirchenleitung und der Gewinnung tüchtiger Pfarrer; zuletzt noch von der Gestaltung des Religionsunterrichts in der Schule. Aus dem reichen Inhalt des Vortrags sei nur eines herausgegriffen. Die Landeskirchenversammlung beschäftigte sich eingehend mit der Möglichkeit des Zusammenarbeitens der „positiven“ und „liberalen“ Richtung in einer und derselben Kirche. Würden sich beide Richtungen, jede für sich von der Kirche absondern und zu einem neuen Ganzen zusammenschließen, so würde ein Teil des Volks hier, ein anderer dort stehen; der ganze kirchliche Teil aber überhaupt nicht mehr vom Wort Gottes hören und dem Heiligtum anheim fallen. Daher sollen und wollen auch tatsächlich beide Teile beisammen bleiben. Sie können auch brüderlich nebeneinander tätig sein, vorausgesetzt, daß jeder Einzelne es wirklich ehrlich meint und es ihm in Wahrheit darum zu tun ist, Jesus Christus immer mehr und tiefer zu erkennen. In Paragraphen läßt sich nicht fassen; die Frage muß zuletzt jedes persönlich und sorgfältig gelöst werden. Gerade dem Herrn Prälaten von Röhmer war dieses gegenseitige sich Verstehen noch ein Anliegen bis zu seiner letzten Tage hinein. — Eine kleine Kaspriade und die Aufforderung sich am Sonntag an der Wahl zu beteiligen, (1—4 Uhr im Jugendheim) beschloß den anregenden Abend.

Polizeistunde. Die Betriebsstundendeckelung für Gastwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser usw. wird für sämtliche Gemeinden vom kommenden Samstag ab abends 11 Uhr festgesetzt. In dringenden Fällen können die Oberämter eine Verlängerung, jedoch nicht über 12 Uhr abends hinaus, gestatten.

Die Kartoffelbelieferung. Im Verlauf der ersten Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats in Berlin machte der frühere Unterstaatssekretär von Braun interessante Mitteilungen über die Kartoffelbelieferung nach der nächsten Ernte. Der Landwirtschaftsrat habe jetzt mit dem Stadtrat verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlungen sei eine Einigung auf ein System von Lieferungsverträgen gewesen, das es ermöglichen wird, der Bevölkerung aller Städte über 10 000 Einwohner, das sind 30 Millionen Seelen, je 6—7 Pfund Kartoffel wöchentlich zuzuführen.

Die neue Postgebührenordnung. Vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung ist beschlossen, nur die Erhöhung der Brief- und Paketgebühren am 1. Mai einzuführen. Der neue Zeitungsposttarif und die erhöhten Telefon- und Telegraphengebühren sollen frühestens am 1. Juli in Kraft treten, um den Inhabern von Fernsprechanlagen die Möglichkeit rechtzeitiger Abmeldung zu geben.

Die Kandidatur Erzberger. Gegenüber der Berliner Meldung, daß der Reichsausschuß der Zentrumspartei sich gegen eine Kandidatur Erzberger ausgesprochen hat, teilt das S. C. B. mit, daß der Reichsausschuß nicht die zuständige Instanz ist; die Entscheidung über die Wiederanstellung Erzbergers liegt bei der Württ. Zentrumspartei und bei der Parteiorganisation des engeren Wahlkreises.

Vödingen, Orl. Ludwigsburg, 22. April. (Leichenfund.) Am Wehr der Enz wurde die Leiche eines gut gekleideten 18jährigen Mädchens angeschwemmt und geborgen.

Tübingen, 22. April. (Studenten-Heimkehr.) Am Mittwochabend kehrten einige hundert Studenten aus dem Ruhrgebiet zurück. Sie wurden auf dem Marktplatz mit Dankesworten für die geleisteten Vaterlandsliebe verabschiedet.

Jupenhäuser, 22. April. (Diebstahl.) Zwei junge Burschen entwendeten in der Altstadt ein Handwägel, um Diebstehle, die sie in Hornwiesheim in einem Speiseraum ergattert hatten (Zucker, Kaffee usw.), nach Cannstatt zu einer Verwandten zu schaffen. Die Polizei konnte dort ein kleines Warenlager ausheben und auch der Handwagen wurde dem Eigentümer wieder zugestellt.

Dörsenhäuser, 22. April. (Besitzwechsel.) Die Untere Mühle ging um 630 000 Mk. an eine Erbacher Mählengemeinschaft über.

Suß, 22. April. (Besitzwechsel.) Die mechan. Buntweberei Gebr. Stehle ging am 15. April durch Kauf in den Besitz einer Schweizer Gesellschaft über.

Ellwangen, 22. April. (Maul- und Klauenfeste.) In Weßerhofen fand der Baner Kampf, als er morgens seinen Stall betrat, drei Stück Vieh, die am Abend noch gesund waren, verendet vor.

Von der Enz, 22. April. (Lebensmüde.) Der 20jährige Kaufmann Karl Weiskogel hat sich auf dem bekannten Bächenbrunnen Aussichtsturm bei Pforzheim, einem beliebten Selbstmordort, erschossen, nachdem er seinen Freunden telephonisch dieses Vorhaben nach Pforzheim angedeutet hatte. Ferner hat sich in einem Wald bei Pforzheim, nicht weit von Dudenfeld, ein 18—20jähriger Unbekannter erschossen.

Stuttgart, 22. April. (Zur Landtagswahl.) Die „Schwäb. Tagesztg.“ erklärt heute in einem längeren Wahlartikel, der Württ. Bauern- und Weingärtnerbund werde für die kommenden Wahlen nur solche Männer aufstellen, die zuverlässig, fest und entschieden für die sofortige Aufhebung der Hoangswirtschaft stimmen.

Stuttgart, 22. April. (Landw. Hochschule.) An der Landw. Hochschule in Hohenheim waren im letzten Winterhalbjahr 650 Studierende, darunter 13 weibliche, eingeschrieben. 290 waren Württemberger, 317 andere Reichsangehörige (Baden 117, Bayern 85, Hessen 25, sonstige deutsche Länder 23) und 43 Ausländer.

Stuttgart, 22. April. (Einnahmen der Württ. Staatseisenbahnen.) Im März d. J. wurden auf den württ. Staatseisenbahnen 6 233 000 Personen und 1 229 065 Tonnen Güter befördert. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr erbrachten 9 225 000 Mk., aus dem Güterverkehr 24 958 000 Mk., seit 1. April d. J. im ganzen 197 852 000 Mk.

Stuttgart, 22. April. (Vom Postdienst.) In nächster Zeit werden Postämter bei der Post nicht mehr angenommen, weil die Militärämter zunächst untergebracht werden müssen.

Stuttgart, 21. April. (Jahresversammlung der Ev.-kirchl. Vereinigung.) Die Ev.-kirchl. Vereinigung, die in diesem Jahr auf ein 25jähriges Bestehen zurückblickt, hielt am 21. d. M. im „Herzog Christoph“ in Stuttgart ihre gut besuchte Jahresversammlung. In seinem Begrüßungswort gedachte der Vorsitzende Stefan Gauer-Ludwigsburg insbesondere des so jäh dahingegangenen Begründers der Vereinigung, Prälat D. Röhmer. Die im Mittelpunkt stehende Besprechung über den der Landeskirchenversammlung vorliegenden Entwurf einer kirchlichen Verfassung wurde von Stefan Böhringer-Schorndorf und Generalstaatsanwalt Röcker eingeleitet, die über die Kommissionsverhandlungen Aufschluß gaben. Die Versammlung beschloß in ihrer großen Mehrheit, der Landeskirchenversammlung den Wunsch nahezu legen, es möge in dem § 1 das Bekenntnis zum auferstandenen und erhöhten Christus in einer klaren Fassung zum Ausdruck kommen.

Stuttgart, 22. April. (Landwirtschaftskammer.) Die Tagung der Landwirtschaftskammer, die am 28. d. Mts. beginnt und zwei bis drei Sitzungen in Anspruch nimmt, wird sich mit folgenden Gegenständen beschäftigen: Beratung des Entwurfs einer Geschäftsordnung für die Kammer, Festsetzung des Tätigkeitsbezirks und Ankauf eines Hauses für die Kammer, Uebernahme des „Württ. Landwirtschaftlichen Wochenblatts“, Festsetzung der Maßnahmenentschädigung für die Mitglieder der Kammer, Beratung des Haushaltsplans für 1920, Ausbringung der Geldmittel bis zum Einzug der Umlage, Zunahme weiterer Mitglieder in die Landwirtschaftskammer, Bildung von Ausschüssen, Wahl von fünf Delegierten in den Deutschen Landwirtschaftsrat. Sodann sollen die

Fragen der Hoangswirtschaft, der Lieferungsverträge, der Produktionsförderung und die Abgabe von Tieren an Frankreich und Belgien besprochen werden.

Stuttgart, 22. April. (Zusammenschluß des gesamten Stuttgarter Kleingewerbes.) Eine am 20. April stattgehabte Vertreterversammlung der gewerblichen und kaufmännischen Organisationen Groß-Stuttgarts faßte folgende Beschlüsse: Bei den Parlamentswahlen wird sich der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand diesmal nicht wieder mit leeren Versprechungen begnügen. Er fordert von den politischen Parteien eine stärkere Vertretung in den bisher einseitig zusammengesetzten Parlamenten und wird bei Nichtbeachtung dieses berechtigten Verlangens seine Konsequenzen ziehen. In einer demnächst stattfindenden großen öffentlichen Versammlung sollen diese und andere Forderungen erörtert werden. Zu den Handwerkskammern wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß sämtliche Mitglieder und Ersatzmänner der Kammern freiwillig in die Hände ihrer Wähler zurückgeben, damit eine völlige Neuwahl ermöglicht wird. Bei der Neuwahl soll womöglich jedes Gewerbe und jeder Oberamtsbezirk einen Vertreter bekommen. Weiter wurde eine Kommission bestellt, welche den Zusammenschluß sämtlicher Stuttgarter Innungen zu einem Handwerkerkartell durchzuführen soll.

Stuttgart, 22. April. (Die Raiffeiser.) Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart hält seine Raiffeiser mit Festzügen und Musik in den Waldheimen Heßlach und Waisburg. In Cannstatt hat sich ein Ausschuß der drei sozialistischen Parteien und der Vertreter der übrigen Arbeiterorganisationen gebildet, der folgendes Programm veröffentlicht. Vormittags 9 Uhr Umzug und Massenversammlung auf dem Wilhelmplatz, nachmittags 3 Uhr im Wilhelmgarten. Bei der Stadtverwaltung soll Forderungen geäußert werden, daß sämtliche Betriebe stillstehen und die Läden geschlossen bleiben.

Stuttgart, 22. April. (Vom Tage.) Der 17 Jahre alte Koch Georg Lademacher aus Mey, der im Kaffee Königsbau beschäftigt war und im März aus einem Laden des Königsbaus Silberzeug im Wert von 23 000 Mk. geraubt hatte, wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Silberzeug konnte restlos beigebracht werden.

Das Trinkgeld soll vom 1. Mai an in Stuttgart in allen Gasthöfen und Gastwirtschaften abgeschafft werden. Das Personal wird durch entsprechende Lohnerhöhung entschädigt.

Vermischtes.

Ein Waffenschatz beschlagnahmt. In dem Museum der Antiken Metalle, Maschinenfabrik, Abteilung S. 3, in Merzhausen bei Sulz, sind Waffen aller Art, Karabiner, Büchsen und Maschinengewehre gestohlen worden.

Zuchthausstrafe für einen Bürgermeister. Der Bürgermeister von Heilbronn, Albert Gercke, ein Führer der Unabhängigen, der sich umfangreiche Lebensmitteldiebstähle zuschulden kommen ließ, wurde nach dem „V. T.“ von der Strafkammer in Ulm zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Von Eise eingeschlossen. Anfangs April verließ die Sog. Zetzergrube von Moskau aus dröhnend einen Hülsen für einen Dampfer, der mit 800 Flüchtlingen, darunter vielen Frauen und Kindern an Bord im Karischen Meer nördlich des Ural vom Eise eingeschlossen wurde. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet, will die englische Regierung einen Eisbrecher absenden, um das gefährdete Schiff zu befreien.

Sturmflut. Bei dem letzten Wiedesturm in den Vereinigten Staaten sind 100 Menschen umgekommen. Der Schaden beträgt viele Millionen Dollars.

„Proletarische“ Schöherren. Wie eine demokratische Korrespondenz mitteilt, hat Dr. Hefend-Farous nach seiner Ausweisung aus der Schweiz sich in Schloß Schwanden bei Berlin niedergelassen. Der frühere „unabhängige“ preussische Finanzminister Simon hat auch ein Schloß in der Mark gekauft.

Wirtschaftliches Wetter.

Ein neuer kräftiger Hochdruck wird die Störungen vollends überwinden und am Samstag und Sonntag allmähliche Aufhellung und Wiedererwärmung herbeiführen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Text und Verlag der W. Meisterschen Buchdruckerei, Altensteig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Häntemehrerlöse.

I. Vom 19. April bis 16. Mai 1920 einschließlich bis zu Weiteres beträgt der Häntezuschlag für den Zentner Lebendgewicht:

für Rinder, ausgenommen Rälber	Mk. 142.—
für Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwoolligen Fellen	233.—
für Schafe mit Blößen	201.—
für Pferde einschließlich Fohlen, Eseln, Maultieren und Maulseeln	92.—

Diese Beträge werden den Tierhaltern in voller Höhe gezahlt.

Bei Rälbern erhält der Tierhalter keinen Häntezuschlag, sondern die Haut selbst bzw. den Erlös aus der Haut entwerdend den Häntekaufpreisen.

II. Die Höchstpreise für Kuh- und Zuchtindvieh von Mk. 130 für 50 Kg. Lebendgewicht werden für die gleiche Zeit in folgender Weise erhöht:

bei Großvieh 130 + 142 =	Mk. 272.—
bei Rälbern 130 + 284 =	Mk. 414.—

Der Stückzuschlag für Zuchtarren, hochtrachtige Rinder und Rälber mit mindestens 8 Liter täglichem Milchtrag zur Zeit der Veräußerung beträgt nach wie vor höchstens Mk. 400, für gewöhnliche Zuchtarren u. Zuchtstiere höchstens Mk. 200.

Nagold, den 22. April 1920. Oberamt: Müng.

Betreff: Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste.

Laut Rundschreiben der Reichsgetreidestelle Berlin vom 12. April d. J. R. M. 612 A. 154 wird die Prämienzahlung von Mk. 300.— für die Tonne für Brotgetreide und Gerste bis 15. Mai d. J. verlängert. Die Entlohnung der Prämie auf Mk. 200.— für die Tonne tritt erst nach dem 15. Mai ein. Im übrigen ist die Höchstprämie von Mk. 300.— auch nach dem 15. Mai noch zu gewähren, wenn die Ablieferung des Getreides aus Gründen, die der Lieferer nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig hat erfolgen können.

Nagold, den 22. April 1920. Oberamt: Müng.

Schlachtvieh- und Fleischbeschau in Wirtschaften.

Gemäß § 2 Abs. 3 des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes ist u. a. der Haushalt der Gatt- und Schanzwirte nicht als eigener Haushalt im Sinne des § 2 Abs. 1 gen. Gesetzes (wonach die Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterbleibt), anzusehen. Die Beschau ist also immer vorzunehmen.

Zu widerhandlungen unterliegen der Bestrafung. Nagold, 22. April 1920. Oberamt: Müng.

Der neue württemb. Taschensfahrplan

ist zu haben in der W. Meisterschen Buchhandlung.

Allgem. Ortskrankenkasse f. d. O. A. Bezirk Nagold Bekanntmachung.

Die durch Reichsgesetz vom 1. April 1920 vorgeschriebenen Grundlohnänderungen machen eine durchgreifende Feststellung der derzeitigen Arbeitslöhne erforderlich. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber, Dienstverhältnisse z. gesehlich verpflichtet sind, den mit der Ausnahme der Löhne betrauten Organen der Kasse vollständige und wahrheitsgetreue Angaben zu machen. Die Arbeitgeber mit einer größeren Zahl von Arbeitern werden ersucht, alsbald besondere Lohnveränderungsanzeigen nach dem vorgeschriebenen Formular an die Verwaltungsstelle Allensteig einzureichen.

Später eintretende Lohnveränderungen sind jeweils der Kasse auf besonderem Formular innerhalb 3 Tagen anzuzeigen.

Nagold, den 22. April 1920. Vorsitz des Vorstands: Wilh. Benz. Verwalter: Benz.

Amtsgericht Nagold.

In das Handelsregister, Abteilung für Einzelfirmen, Band I Blatt 278 ist heute eingetragen worden die Firma Karl Armbruster, Sohlebergerber in Allensteig. Inhaber der Firma ist Karl Armbruster, Gerbermeister in Allensteig. Den 21. April 1920. Stv. Amtsrichter geg. Geppel.



Sparkasse Altensteig.

G. O. m. b. H.

Einladung zur General-Versammlung

auf Samstag, den 1. Mai 1920, nachm. 4 Uhr
in den Rathensaal hier.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe des Rechnungsergebnisses pro 1919;
2. Entgegennahme des Berichts über die sachmännische Rechnungsprüfung und Entlastung des Vorstands;
3. Beschlußfassung über Verwendung des Reingewinns;
4. Veränderte Festsetzung des Kassier-Gehalts;
5. Ermächtigung des Aufsichtsrats in Sachen der in Behandlung befindlichen Umwandlung der Kasse in ein städt. Institut.

Der Rechenschaftsbericht ist zur Einsicht der Mitglieder im Geschäftslotale aufgelegt.

Den 22. April 1920.

Vorstand:

Welter. Walz.

Pfalzgrafenweiler.

Am Sonntag, den 25. April hält der
Obstbau-Verein Pfalzgrafenweiler

seine diesjährige

Hauptversammlung

ab. Zusammenkunft der Mitglieder um 1 Uhr mittags auf dem Marktplatz zum Zweck der Besichtigung hiesiger Obstbauanlagen. Hernach um 3 Uhr in der „Schwanz“ Vortrag des Herrn Obstbau-Inspektor Schaal über die Aufgaben der Obstbauvereine nach dem Krieg. Hierzu werden alle Obstbauvereine eingeladen.

Vorstand: Fejer.

Wiltbad.

Versteigerung.

Wegen Aufgabe von Pension kommen am Montag, den 26. April 1920, von vormittags 9^{1/2} Uhr an in der Villa Christine in Wiltbad, Olgastraße, folgende Gegenstände zur Versteigerung

- 7 vollständige Betten, 6 mit Koffhaarmatratzen, 1 mit Kapok, gut erhalten; 1 Sofa; 1 Chaiselongue; 2 Bettstellen mit Koft; 1 größere Kinderbettstelle mit Koft und Keil; 5 Kästen; 5 Tische; 2 Kommoden; 6 Nachttischchen; 7 Wolldecken; 2 Treppenläufer, 1 Linoleum 4 Mtr. lang, 1 Mtr. breit, noch gut erhalten; 6 Spiegel; 1 spanische Wand (fünfstellig); 1 Blumenständer mit Vogelkäfig und noch sonstige Haushaltungsgegenstände.

Ebenfalls ist noch zu verkaufen:

- eine Plüschgarnitur, braunrot mit 6 Sesseln; 1 Gasherd mit starker Platte, 79x80, mit 4 Brennstellen, Kleinsteller, Bratojen und starken Messingstangen.

Altensteig.

Tagelöhner-Besuch.

4 fleißige Tagelöhner finden sofort Beschäftigung bei
Joel Walz, Baugeschäft.

Altensteig.

ZUR SAAT

empfehle:

Prima Leinsamen
Prima Stockhanfsamen
Prima Königsberger Wicken

zu billigsten Preisen

Chr. Burghard jr.

Altensteig.

Verkaufe, um damit zu räumen, eine größere Partie

Knabenmützen

fürs Alter von 1—3 Jahren

blane Tellermützen

zu 1.80 Mtr. per Stück
von 3—14 Jahren

blane Schildmützen

zu 2.80 Mtr.

Burschenmützen

graue Fallballon zu 3 Mtr.,
sowie für Herrn in dunkel
5 Mtr. — Solange Vorrat.

Chr. Schmid

Gut. u. Wäschegeschäft.

Bereitschafts- Dienst

am nächsten Sonntag

Dr. Rich. Vogel

beim Waldhorn
Telefon Nr. 12.

Unterzeimeter verkauft ein
noch gut erhaltenes



Fahr-
Rad

mit Bereifung.

Konrad Reuschler

Zimmerstr., Spielberg.

Zwernberg.

Habe 3 Stück leere

Bienen- Kästen

2 Doppelbäuten und 1 Drei-
bäuten, alles württ. Maß
mit Rahmeneinsatz, noch sehr
gut erhalten, weil überzählig
preiswert zu verkaufen.

Salmon-Groß.

Parkett- Boden-Wichse

Bodenöl u. Baumwachs

empfehle

Schwarzwald-Drogerie

Altensteig

Telefon 41.

Altensteig.

Marmelade

ist wieder eingetroffen bei

Fr. Flaig.

Ragold.

Fleischränder

Güllerpumpen

Brückenwagen

Kartoffelquetschen

empfehle

Johannes Werner

Telefon 111.

Altensteig.

Rizfelle, Bock- u. Geiß-Felle

kauft zu den höchsten Tages-
preisen

Karl Walz, Kürschner

Wöbl. heizbares

Zimmer

mit elektr. Licht an soliden
Herrn oder Fräulein sofort
zu vermieten.

Wer? — sagt die Exped.
ds. Blattes.

Gefunden

wurde bei der Silber'schen
Wähe ein Geldbeutel m.
Geldbetrag.

Nähere Auskunft erteilt die
Exped. ds. Bl.

Verloren

ging von Eitmannsweller
nach Simmersfeld am Mon-
tag ein Adress. Bitte den-
selben bei Bühler, Schmied-
meister in Eitmannsweller
gegen Belohnung abzugeben.

Ein zweites

Mädchen

für sofort sucht

Frey zur Sonne

Altensteig.

Lumpen, Knochen, alte Schuhe

kauft fortwährend zu den
Tagespreisen

G. Steeb, ob. Stadt.

Statt besonderer Einladung!

Altensteig.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung erlauben
wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Samstag, den 24. April 1920

in das Gasthaus z. Blume hier

freundlichst einzuladen.

Ernst Koh

Sohn des
Joh. Koh, Altengewirt
hier

Anna Pfeifle

Tochter des
† Blamewirts Radl
Pfeifle hier.

Rückgang um 1/12 Uhr.

Statt jeder besonderen Einladung!

Liebelsberg — Gauenwald.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-
kante zu unserer am

Dienstag, den 27. April 1920

im Gasthaus z. Lamm in Zwernberg

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Christian Braun

Sohn des
† Joh. G. Braun
Bauers in Liebelsberg.

Margarete Reuschler

Tochter des
† Jakob Reuschler, Bauers
in Gauenwald.

Rückgang um 1/12 Uhr in Zwernberg.

Karbolineum

für Holzaustrich, sowie bestes

Obstbaumkarbolineum

empfehle

Lorenz Luz jr. Altensteig.

Bezirksarbeitsamt Calw

(für die Oberamtsbezirke Calw und Ragold.)

Fernsprecher Nr. 109.

Leberstraße 161.

Gesucht werden:

Stellen suchen:

4 Mädchen für Küche

und Haushaltung

1 Holzbildhauer

1 junger Hausburche

1 Schmiedlehrling

2 Zimmermädchen

1 Hauskloster

1 Elektromonteur

1 Flaschnerlehrling

1 Heizer und Maschinist

2 Hilfsarbeiter

1 Maurerlehrling

2 Schlosserlehrling

2 Schuhmachergehilfen

1 Schuhmacherlehrling

2 Tagelöhner

Die Arbeitsvermittlung erfolgt unentgeltlich. Das Be-
zirksamt ist geöffnet:

Montag bis Donnerstag: 8—12 Uhr und 2—6 Uhr

Freitag: 8—1 Uhr und 2—6 Uhr, Samstag 8—12 Uhr

Meldungen werden auch von unserer Nebenstelle in Ragold,
Herrenbergerstr. 19 — Fernspr. 80 — entgegengenommen.

Calw, den 23. April 1920.

Verwalter Pro

Rochsalz und Viehsalz

in Zentner-Säcken

bietet billigst an

E. W. Luz Nachfolger

Frei Bühler jr., Altensteig.